NIEDERSCHRIFT HFA/0006/2026

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 16.06.2026 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Marco Lennertz	

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers	
Herr Jan-Philipp Schwaaf	
Herr Christoph Ueding	
Herr Frank Wieland	
Herr Thomas Tauber	
Herr Thomas Walbaum	Vertretung für Herrn Carsten Rampe
Frau Beatrix Ahlers	Vertretung für Frau Hanna Hüwe
Herr Michael Röschenkemper	Vertretung für Herrn Robert Dürhager

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Frau Iris Pawliczek	

Gäste:

Herr Dipl.-Ing. Jochen Siepe, für Brandschutzbedarfsplanung	
Frau Johanna Wittling, Leiterin der Volkshochschule Coesfeld	

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke	
Frau Marion Lammers	
Herr Hubertus Messing	

Schriftführerin:

Frau Sandra Niemann	

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:51 Uhr

Der Vorsitzende Herr Marco Lennertz stellt zuerst fest, dass form- und fristgerecht zu dieser Sitzung eingeladen wurde. Seitens der Ausschussmitglieder erhebt sich hiergegen kein Widerspruch.

Des Weiteren bestellt der Vorsitzende, Herr Marco Lennertz, Frau Sandra Niemann für diese Sitzung als Schriftführerin. Hiergegen erheben sich, seitens der Ausschussmitglieder, keine Einwände.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Abschluss einer neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Weiterbildung (durch die VHS)

Herr Lennertz begrüßt die Leiterin der Volkshochschule, Frau Johanna Wittling, zu diesem Tagesordnungspunkt. Frau Wittling stellt die Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung kurz vor. Sie stellt heraus, dass mit dieser Neufassung eine einheitliche, vertragliche Grundlage für alle beteiligten Kommunen geschaffen werden soll. Der Verteilungsmaßstab für die nicht, den angeschlossen Städten und Gemeinden, direkt zuzuordnen Hörerstunden (auswärtige Teilnehmerinnen und Teilnehmer) wird neu geregelt. Darüber hinaus werden zur Zeit Gespräche mit der Gemeinde Rosendahl, über eine Wiedereingliederung, geführt.

Im Anschluss an die Erläuterungen beantwortet Frau Wittling die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss fast folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Coesfeld und der Stadt Billerbeck zur Übernahme der Aufgaben der Weiterbildung werden aufgehoben.

2. Der Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird gemäß dem beigefügten Entwurf vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Räte der beteiligten Städte und Gemeinden (Coesfeld, Nottuln, Billerbeck, Rosendahl) zum 01.01.2027 beschlossen.

Sollte eine beteiligte Kommune der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht zustimmen, kann an deren Stelle der Kreis Coesfeld Vertragspartner werden. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist in diesem Fall entsprechend anzupassen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Billerbeck

Herr Siepe vom Ingenieurbüro SAVEPLAN stellt die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Billerbeck, anhand einiger Seiten aus dem Brandschutzbedarfsplan, vor. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden während des Vortrages direkt beantwortet.

Anschließend bedanken sich die Ausschussmitglieder wie auch der Ausschussvorsitzende bei Herrn Siepe für die Präsentation und der Feuerwehr für die erbrachte Leistung und die gute Zusammenarbeit.

Der Ausschuss fast folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Billerbeck wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Sachinvestitionsmittel nach dem NRW-Infrastrukturgesetz 2025 – 2036

Frau Lammers erläutert ausführlich, anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck), das NRW-Infrastrukturgesetz 2025-2036. Es wird auf die gesetzlichen Grundlagen, auf die sich aus dem Gesetz ergebenen Vorgaben wie auch die im allgemeinen förderfähigen Maßnahmen eingegangen.

Des Weiteren stellt Frau Lammers anhand einer Übersicht (Anlage 3 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck), die Verwendung der Mittel aus dem Infrastrukturvermögen für die Stadt Billerbeck dar. Die aufkommenden Fragen der Ausschussmitglieder werden im regen Austausch parallel zur Präsentation beantwortet.

Alle Parteien unterstützen die von Frau Lammers skizierte Vorgehensweise, möglichst alle Maßnahmen, die unter die rechtlichen Maßgaben fallen, zum 30.06.2026 und fortlaufend der Bezirksregierung zu melden und abzurufen, um den Liquiditätsvorteil für die Stadt Billerbeck zu sichern.

Der Ausschuss fast folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die im Haushalt veranschlagten und nach dem NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036 förderfähigen Investitionsmaßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, um die der Stadt Billerbeck zustehenden Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur zeitnah und zweckentsprechend einzusetzen.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der bestehenden haushaltsrechtlichen Ermächtigungen alle hierfür erforderlichen Schritte, insbesondere Planung, Ausschreibung, Vergabevorbereitung, Mittelabruf, Nachweisführung und förderrechtliche Abwicklung, unverzüglich einzuleiten.

3. Die gesetzlichen Zweckbindungen und Zielsetzungen des NRW-Infrastrukturgesetzes sind zu beachten. Soweit konkrete Maßnahmen haushaltswirksam werden, sind sie im Rahmen der Haushaltsplanung, durch Mittelbereitstellung oder gegebenenfalls durch gesonderte Beschlüsse zu berücksichtigen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Mitteilungen

4.1. Keine Verlängerung der Optionsfrist zu § 2b UStG - Frau Lammers

Frau Lammers berichtet, dass der Referentenentwurf des Jahressteuergesetzes 2026 keine weitere Verlängerung der Optionsfrist zum neuen § 2b UStG vorsieht. Bislang gebe es auch keinen Hinweis, dass seine solche Verlängerung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens eingebracht werden soll.

5. Anfragen

5.1. Verlängerung der Schließzeiten an der Eingangstür der Lawi - Herr Walbaum

Herr Walbaum bittet darum, dass die Schließzeiten der automatischen Eingangstür an der Alten Landwirtschaftsschule verlängert werden. Derzeit schließt die Tür, sowohl beim Betreten als auch beim Verlassen des Gebäudes, sehr schnell.

Frau Besecke sichert zu, den Hinweis zu prüfen und die Möglichkeiten einer Anpassung der Schließzeiten zu klären.

5.2. Notrufknopf im Aufzug der Lawi - Herr Walbaum

Herr Walbaum erkundigt sich, ob der Notknopf im Aufzug der Alten Landwirtschaftsschule immer noch, aufgrund der Störungen im Mobilfunknetz, außer Betrieb sei. Die Hinweiszettel seien immer noch im Aufzug angebracht.

Frau Besecke geht davon aus, dass die Störungen nicht mehr bestehen und sagt zu, dass dies überprüft wird.

5.3. Temporäre Fahrzeugsperren - Herr Tauber

Herr Tauber zeigt sich verwundert darüber, dass entgegengesetzt der gemachten Zusage, der Antrag der SPD-Fraktion, bezüglich der Anschaffung von temporären Fahrzeugsperren, nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht.

Der Bürgermeister Herr Lennertz erläutert, dass die Angebote zu den verschiedenen Sperren nicht rechtzeitig eingetroffen seien. Herr Tauber hinterfragt den Stand zu den Synergien mit den anderen Kommunen im Kreis Coesfeld. Hierzu teilt Herr Messing mit, dass Synergien nur bedingt möglich sind, da z.B. Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden. Des Weiteren ergänzt Herr Messing, dass der Antrag in der ersten Sitzung nach den Sommerferien beraten werden soll, in der Sitzung sollen dann die verschiedenen Systeme vorgestellt werden.

Marco Lennertz
Bürgermeister

Sandra Niemann
Schriftführerin